



Antrag zur Änderung der Punkte 1.1. und 1.2. Parteiprogramm der TPD

Bedingungsloses Grundeinkommen und Steuersystem

1.1. Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und schrittweise Ersetzung von Hartz IV und anderen Sozialleistungen

1.2. Prüfung von Finanzierungskonzepten eines globalen bedingungslosen Grundeinkommens

Streichung der beiden Programmpunkte und Ersetzen durch folgende beiden Programmpunkte:

1.1. Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens in existenz- und teilhabesichernder Höhe

Wir werden bundesweit ein Bedingungsloses Grundeinkommen nach dem Modell "Existenzgeld" der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auszahlen. Nur wenn Menschen frei von Existenzangst vollumfänglich an den gemeinsamen Errungenschaften teilhaben können, können sie befähigt werden, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Dies ist das Recht eines jeden Menschen in einer modernen Demokratie. Der Zwang zur fremdbestimmten Erwerbsarbeit entfernt den Einzelnen von intrinsisch motivierter Arbeit, bewirkt eine Verfügungsgewalt über eine erhebliche Spanne an Lebenszeit im Dienste fremder Interessen und entzieht dem wichtigsten Arbeitssektor des gemeinnützigen Engagements die Kraft. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist das Mittel, endlich der Erkenntnis des Stellenwerts der unbezahlten, freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit aller Menschen Rechnung zu tragen und allen Worten und frommen Wünschen zu Gerechtigkeit und Emanzipation Taten folgen zu lassen.

Im Rahmen unseres BGE- Programms prüfen wir die Finanzierungsmöglichkeiten für ein globales Bedingungsloses Grundeinkommen.

1.2. Abschaffung von Hartz IV

Kein Mensch hat es verdient, von anderen unter Existenznot erpresst zu werden. Unzählige Klagen und Initiativen gegen ein System, welches sich euphemistisch als Sozialsystem verkauft, haben klar aufgezeigt und veranschaulicht, dass Hartz IV sowohl gegen internationale Menschenrechte, als auch gegen Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland verstößt und Leid, Angst, Gewalt und Elend produziert. Weder eine fortschrittliche Gesellschaft, noch eine Demokratie dürfen ein solches System zulassen. Ein BGE in Höhe von 1100- 1500 Euro macht Hartz IV obsolet.

Begründung: Die politische Forderung nach einem BGE verdient einen eigenen Programmpunkt, ebenso wie die Reform des Sozialsystems. Dabei ist es von erheblicher Wichtigkeit, das BGE als existenz- und teilhabesichernd zu benennen, da nur ein solches BGE von Experten als echtes BGE anerkannt wird. Es existieren verschiedene Grundeinkommensmodelle von Parteien des gesamten Spektrums, die jedoch einer eingehenden Analyse nicht standhalten und nicht als echtes BGE bezeichnet werden können. Mir ist es wichtig, dass die TPD mit ihrem Programm signalisiert, dass sie die emanzipatorische Tragweite des echten BGE verstanden hat und dass Befürworter des BGE in der TPD ihre Partei entdecken können. Der Zusatz "in existenz- und teilhabesichernder Höhe" ist ausreichend, um unsere Forderung nach einem BGE als echtes BGE zu kennzeichnen.

Ein BGE macht HartzIV obsolet. Die Formulierung "schrittweise Ersetzung von HartzIV" lässt Zweifel daran aufkommen, ob die TPD die politische Tragweite ihrer Forderung nach einem Grundeinkommen überhaupt verstanden hat und Zweifel daran, ob die TPD sich mit HartzIV auseinandergesetzt hat. Eine Partei, die für Freiheit und Selbstbestimmung stehen will und die Bevormundung des Menschen in jeglicher Hinsicht abschaffen will, erscheint inkonsistent, zögerlich und unsicher und schlimmstenfalls politisch fragwürdig, wenn sie eine der erpresserischsten und menschenrechtsverletzenden "Errungenschaften" unserer Zeit: "HartzIV" in ihrem Programm erwähnt, ohne konsequent dessen Abschaffung zu verlangen.